



Elisabeth Richter | Teresa Lehmann |
Benedikt Sturzenhecker

So machen Kitas Demokratiebildung

Empirische Erkenntnisse
zur Umsetzung des Konzepts
»Die Kinderstube der Demokratie«

BELTZ JUVENTA

Elisabeth Richter | Teresa Lehmann | Benedikt Sturzenhecker
So machen Kitas Demokratiebildung

Elisabeth Richter | Teresa Lehmann |
Benedikt Sturzenhecker

So machen Kitas Demokratiebildung

Empirische Erkenntnisse zur Umsetzung des
Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“

Hinweise zu den Autorinnen/dem Autor finden Sie auf S. 278.

Das Forschungsprojekt wurde gefördert von „Aktion Mensch“



sowie aus Mitteln der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. und des Landes Schleswig-Holstein.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-3415-8 Print
ISBN 978-3-7799-4466-9 E-Book (PDF)

1. Auflage 2017

© 2017 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Ulrike Poppel
Satz, Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autoren und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Kapitel 1	
Einleitung	9
Kapitel 2	
„Die Kinderstube der Demokratie“ – Eckpunkte eines Konzepts zur Eröffnung von Demokratiebildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	15
2.1 Konzeptionelle Grundannahmen des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“	16
2.2 Elemente des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“	19
2.3 „Die Kinderstube der Demokratie“ – vom Modellprojekt zum Konzept	24
Kapitel 3	
Forschungsstand: Demokratische Partizipation in Kindertageseinrichtungen	28
3.1 Demokratische Partizipation als Bildungsauftrag der Frühpädagogik	28
3.2 Konzepte frühkindlicher Demokratiebildung	30
3.3 Empirische Forschung zum Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“	32
3.4 Zum Erkenntnisinteresse des DeiKi-Forschungsprojektes	37
Kapitel 4	
Demokratie und Bildung	41
4.1 Partizipation: Beteiligung oder Demokratie?	42
4.2 Demokratie: Regierungsform oder auch Lebensform?	44
4.3 Demokratiebildung: Vorschlag für eine pädagogische Verortung	48
Kapitel 5	
Das Programm des Forschungsprojekts „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“	52
5.1 Forschungsfragen	52
5.2 Forschungsgegenstand	55
5.3 Forschungsmethode	63

Kapitel 6

Wie wird demokratische Partizipation

in Kindertageseinrichtungen hergestellt?

6.1	Definition des Untersuchungsgegenstands „Demokratie“	87
6.2	Deliberative Demokratie in Kindertageseinrichtungen	98
6.3	Expertendemokratie in Kindertageseinrichtungen	118
6.4	Fazit: Demokratiebildung zwischen deliberativer und Expertendemokratie	121

Kapitel 7

Können Kinder deliberative Demokratie?

7.1	Exkurs zur Theorie des kommunikativen Handelns (Universalpragmatik)	124
7.2	Definition des Untersuchungsgegenstands „Demokratie-Können“	126
7.3	Kognitives Wissen: Demokratisches Wissen	129
7.4	Praktisches Handeln: Demokratisches Können	137
7.5	Moralische Einstellung: Akzeptanz von Demokratie	148
7.6	Fazit: Kinder können deliberative Demokratie unter Anleitung!	151

Kapitel 8

Wie zufrieden sind Kinder mit der demokratischen Praxis?

8.1	Definition des Untersuchungsgegenstands „Zufriedenheit“	153
8.2	Mit-Reden: Diskursive Beteiligung	156
8.3	Mit-Handeln: Entscheiden und Wählen	161
8.4	Mit-Verantworten: projektorientiertes oder ehrenamtliches Engagement	164
8.5	Fazit: Kinder machen deliberative Demokratie gerne!	168

Kapitel 9

Empirische Gelingensbedingungen für deliberative Demokratie in Kindertageseinrichtungen

9.1	Rahmenbedingungen professioneller pädagogischer Arbeit: Zeit/Personal	171
9.2	Kommunikation im Team: Selbstreflexion	174
9.3	Organisation der Gremienarbeit	179
9.4	Anwendung von Verfahren und Methoden	190
9.5	Umgang mit den Rechten/der Verfassung	207
9.6	Partizipative bzw. dialogische Grundhaltung der Fachkräfte	215
9.7	Partizipationsmöglichkeiten des Fachkräfte-Teams und der Eltern	219
9.8	Fazit: Für Demokratiebildung eine eigenständige partizipative Praxis entwickeln!	225

Kapitel 10	
Kommentare der Beiratsmitglieder – das folgt aus den Ergebnissen	229
10.1 Ausgehend von der Alltagspartizipation in der Kita mehr Demokratie entwickeln	230
10.2 Demokratisches Alltagshandeln ist professionelles Handeln in der Kindertageseinrichtung	235
10.3 Partizipation von Kindern, oder: Der Stein und die Palme ...	238
10.4 Demokratie in Kindertageseinrichtungen – auch für Fachkräfte	242
10.5 Paradigmenwechsel – Warum Partizipation von Kindern mehr ist als Demokratieerziehung	247
Kapitel 11	
Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen – ein Fazit	252
11.1 Das Forschungsprojekt	252
11.2 Partizipation im Spannungsverhältnis von deliberativer Demokratie und Expertendemokratie	254
11.3 Kinder können Demokratie	261
11.4 Kinder sind zufrieden mit und engagieren sich für Demokratie	263
11.5 Gelingensbedingungen demokratischer Partizipation	264
11.6 Forschungsdesiderate und Ausblick	268
Literatur	270
Anhang	278
Übersicht über in Quellenangaben verwendete Abkürzungen	
Die Autorinnen/der Autor	

Kapitel 1

Einleitung

Das Aus- und Einüben von Demokratie ist seit der Jahrtausendwende in den Vordergrund gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit und erziehungswissenschaftlicher Diskussionen gerückt. In Deutschland ist die Notwendigkeit von Demokratiebildung besonders durch das im Zeitraum von 2002–2007 durchgeführte Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ in der Schule mit der „aktuellen Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und einer seit Jahren zunehmenden Politik(er)verdrossenheit und Politikdistanz bei Jugendlichen“ (Edelstein/Fausser 2001, S. 17) begründet worden.

Die Bedeutung demokratischer Bildung ist ferner aus Sicht der Pädagogik der *Frühen Kindheit* hervorgehoben worden, und zwar beginnend mit dem zweijährigen schleswig-holsteinischen Landesmodellprojekt „Die Kinderstube der Demokratie – Bedingungen und Auswirkungen der Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“ (2001–2003, Hansen/Knauer/Friedrich 2004). Auch dieses Projekt, das auf dem gleichnamigen Konzept des in Kiel ansässigen Instituts für Partizipation und Bildung beruht, basiert u. a. auf der Annahme, dass Demokratiebildung nicht zuletzt angesichts abnehmender Wahlbeteiligung und zunehmendem Extremismus als eine zentrale Zukunftsaufgabe aller pädagogischen Institutionen und insbesondere auch von Kindertageseinrichtungen zu begreifen ist. Es verweist aber darüber hinaus auf eine weniger präventive denn konstruktive gesellschaftspolitische Bedeutung der demokratischen Bildung: Danach besteht angesichts der Entfaltung einer pluralistischen und multiethnischen Gesellschaft ein wachsender Bedarf an Kompetenzen demokratischer Aushandlung und Lösungsfindung in Alltagskonflikten. Die Frühpädagogik erweise sich dabei als paradigmatisch, weil im pädagogischen Umgang mit (Klein-)Kindern die Frage nach der Machtverteilung und der Ermöglichung von Entscheidungsbefugnissen in besonderer Weise virulent sei (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, S. 20).

Politisch motivierte Begründungen reichen aus unserer Sicht jedoch nicht aus, um die gesellschaftliche Relevanz des demokratischen Ideals, d. h. der zivilen kommunikativen Vermittlung von Konflikten bzw. widerstreitenden Bedürfnissen und Interessen, angemessen Rechnung zu tragen. Im Rahmen

des Forschungsprojektes „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“ (DeiKi) sind wir hingegen von der Überzeugung geleitet, dass die Befürwortung der Demokratie keine Wertentscheidung ist, der andere politische Wertentscheidungen beliebig entgegengestellt werden können. Gemeinsam mit den Autor/innen „Die Kinderstube der Demokratie“ gehen wir davon aus, dass der Mensch qua Geburt prinzipiell Demokrat ist und eben dieses Sein schon immer als Sollen realisiert – und sich so zugleich als Demokrat bildet und gebildet wird. Dabei beziehen wir uns auf die – von Jürgen Habermas in seiner Handlungstheorie der „Universalpragmatik“ (Habermas 1976) rekonstruierten und im Rahmen der „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981/1995) in den Entwurf einer kritischen Gesellschaftstheorie (System-Lebenswelttheorem) eingebetteten – unhistorisch-universalen, „anthropologisch tiefsitzenden Strukturen“ jeder Verständigung, zu denen insbesondere die unhintergehbaren Geltungsansprüche jeder menschlichen Rede auf Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit gehören. Danach realisiert sich die auf intersubjektiver Anerkennung basierende lebensweltliche Integration des Einzelnen im kommunikativen Handeln:¹ Sie kann und muss von Geburt an in einem dialektischen Prozess immer wieder neu diskursiv eingelöst, d.h. im Rahmen von Verständigungsprozessen vom Anspruch her überprüft und konsensuell hergestellt werden (1976, S. 176 f.; 1981/1995, Bd. 1, S. 369 ff.).²

In einer demokratisch verfassten und sich demokratisch verstehenden Gesellschaft über Demokratiebildung nachzudenken bedarf insofern aus unserer Sicht grundsätzlich keiner Rechtfertigung – außer vielleicht durch den Verweis auf Oskar Negts Erkenntnis, dass Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss (Negt 2011, S. 7). Damit die Demokratie nicht nur ein normatives Denkmodell bleibt, das durch universelle und daher nur sehr unbestimmt definierte Bürger- und Menschenrechte konstituiert wird, muss sie in „Prozesse der individuellen Bildung und Erziehung der Menschen übersetzt werden“ (ebd., S. 8).

1 Jürgen Habermas unterscheidet in seinem Theorem zwei Vergesellschaftungsprinzipien: Danach erfolgt die systemische Integration der/des Einzelnen (Staat und Markt) durch erfolgsorientiertes Handeln, basierend auf den Medien Macht, Geld und Recht, ihre/seine lebensweltliche Einbindung (Verein und Familie) jedoch auf der Basis von Verständigung durch kommunikatives Handeln (1981/1995).

2 Im Sinne der Theorie der Universalpragmatik zeichnet sich der Mensch durch ein universelles Können in Bezug auf die für kommunikatives Handeln notwendigen Kompetenzen: allgemeine Kognition, Sprache und Interaktion, aus. Habermas spricht in diesem Zusammenhang daher auch von „Gattungskompetenzen“ (Habermas 1976, S. 190).

Ein solch individueller Demokratiebildungsprozess hätte allerdings dem Recht auf demokratische Partizipation immer schon, d.h. von Geburt an, Rechnung zu tragen, zum einen um der quasi anthropologisch-universellen Dimension des Anspruchs auf Verständigung Rechnung zu tragen. Zum anderen aber auch, weil unter den Bedingungen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats einzig die Betroffenheit von möglichen und tatsächlichen Entscheidungen als Voraussetzung für demokratische Partizipation gilt. Sie darf deshalb strukturell nicht hintangestellt werden, auch nicht im Verbund mit einem Versprechen auf eine bessere Zukunft. So gesehen, rückt insbesondere die Didaktik einer Demokratiebildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die das Prinzip der Einheit von Bildungsziel und Bildungsmethode berücksichtigt und insofern das *Demokrat/in-Sein* und das *Demokrat/in-Werden* im Hier und Jetzt jedem Menschen, auch den Jüngsten, ermöglicht.

Einem entsprechenden didaktischen Prinzip der Einheit von Demokratie lernen und leben ist das vom Institut für Partizipation und Bildung (Kiel) seit dem Jahr 2001 entwickelte frühkindliche Handlungskonzept „Die Kinderstube der Demokratie“ (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011) verpflichtet, das von den Begründer/innen Prof. Dr. Raingard Knauer und Rüdiger Hansen in Kapitel 2 ausführlich dargestellt wird. Das Konzept ist theoretisch fundiert begründet und beweist seine Evidenz, indem bereits mehr als 100 Einrichtungen es bundesweit praktizieren. Pädagogisch normative Konzepte können jedoch erst dann als anerkannt gelten, wenn sie nicht nur wissenschaftlich plausibel begründet und methodisch differenziert erstellt sind, sondern auch empirisch nachgewiesene Eindeutigkeit für sich beanspruchen können. Im Sinne einer „Realitätsprüfung“ ist es Auftrag der Forschung zu belegen, wie die konzeptionellen Ansprüche des Handlungsansatzes „Die Kinderstube der Demokratie“ in der Praxis wirksam werden und wie die Demokratiepraxis mit Kindern in Kindertageseinrichtungen auf dieser Basis realisiert wird.

Unter diesem Blickwinkel war das Konzept bereits im Jahr 2009 Gegenstand einer von der Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich Sozialpädagogik, durchgeführten Evaluation (Leitung: Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker). Untersucht wurde die Implementation des Konzepts in zwei Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (E. Richter et al. 2011; Sturzenhecker et al. 2010; vgl. Kap. 3.3).

Zur Vertiefung der in dieser Vorstudie erarbeiteten Erkenntnisse ist in den Jahren 2013–2016 das Forschungsprojekt „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“ realisiert worden, gefördert von „Aktion Mensch“ sowie aus Mitteln der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. und des Landes Schleswig-Holstein.

Verantwortlich für das von Dr. Elisabeth Richter geleitete Vorhaben zeichnete Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker. Als zweite Wissenschaftliche Mitarbeiterin war Teresa Lehmann, M.A., im Projekt tätig. Dem Forschungsteam gehörten darüber hinaus vier studentische Hilfskräfte an: Anna Eilert, Josephine Fröhlich, Freya Kaske und Jana Weiler. Daneben waren Prof. Dr. Helmut Richter (Universität Hamburg) sowie ein Beirat, bestehend aus sechs Expert/innen der frühkindlichen Bildung, beratend am Forschungsprozess beteiligt. Mitglieder des Beirates waren: Prof. Dr. Sylvia Kägi (Fachhochschule Kiel), Martin Peters (Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.), Petra Schröder (Ev.-Luth. Kindertagesstätte Quickborn, Schleswig-Holstein), Prof. Dr. Ulrike Voigtsberger (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg), Katy Waldfried (Flachland Zukunftsschule gGmbH, Alsterpalais, Hamburg), ab 2014 abgelöst durch Malika Boukhedcha (Kinderwelt Hamburg e. V.) sowie Stefan Wolf (Peter Gläsel Stiftung, Nordrhein-Westfalen). Außerdem war die Illustratorin Vera Brüggemann (Bielefeld: <http://verabrueggemann.de/>) für das Projekt tätig, das in der Auswertungsphase zudem unterstützt wurde von Moritz Schwerthelm, M.A. und dem Kolloquium des Arbeitsbereichs Sozialpädagogik der Universität Hamburg.

Wir danken den Fördergeber/innen für ihre großzügige finanzielle Unterstützung. Unser Dank gilt darüber hinaus allen oben genannten Personen, die das Forschungsprojekt in ausgeprägter Form dialogisch und diskursiv begleitet haben. Durch ihre Anregungen haben sie uns, den über drei Jahre im Team Tätigen, zielführende Hinweise geben können, die konstruktiven Einfluss auf Erhebung, Auswertung und Verwendung des Datenmaterials genommen haben.

Ein besonderer Dank richtet sich abschließend an die pädagogischen Fachkräfte, Eltern und Kinder der sechs am Forschungsprozess beteiligten Kindertageseinrichtungen, die mit ihrem Engagement zentral zum Gelingen des Projektes beigetragen haben.

Das Forschungsprojekt „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“ wurde im Januar 2016 nach dreijähriger Forschungszeit abgeschlossen. Das vorliegende Buch ist zugleich als Abschlussbericht aufzufassen.

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ ist gemeinsam von Prof. Dr. Rainard Knauer und Rüdiger Hansen entworfen und entwickelt worden. In Kapitel 2 führen die beiden Autor/innen in den Handlungsansatz ein. Sie erläutern die konzeptionellen Hintergründe und praktischen Konsequenzen für die Eröffnung von Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen. Das anschließende Kapitel 3 verortet das Konzept im Rahmen des aktuellen Forschungsstandes und gibt Hinweise zur Herleitung der Forschungsfragen.

Von Demokratie zu sprechen erfordert eine präzise Definition dieses Begriffs und bedarf in Bezug auf pädagogische Institutionen einer Vermittlung, weil Demokratie in erzieherischen Settings nicht ohne Weiteres mit einem

aus der Politik(wissenschaft) übernommenen Demokratiebegriﬀ konzipiert werden kann. Dabei beziehen wir uns auf den von Helmut Richter seit den 1990er Jahren für die Sozialpädagogik erarbeiteten Begriﬀ einer Vereins- resp. Kommunalpädagogik (1998, 2000, 2001 bzw. 2008). Ausgehend von seinen Überlegungen und gemeinsam mit ihm haben die am Forschungsprozess Beteiligten: Elisabeth Richter, Benedikt Sturzenhecker und Teresa Lehmann sowie ein weiterer Kollege aus dem Arbeitsbereich, Moritz Schwerthelm, einen gesellschafts- *und* bildungstheoretisch begründeten Demokratiebegriﬀ entfaltet, der versucht, die Spezifik von Demokratie in sozialpädagogischen Einrichtungen begrifflich zu klären. Kapitel 4 widmet sich einer entsprechenden Deﬁnition und begründet zugleich den damit verbundenen Zusammenhang von Demokratie und Bildung. Der Text ist Teil eines gemeinsam verfassten und veröffentlichten Artikels (E. Richter et al. 2016).

Auf der Basis der konzeptionellen sowie demokratietheoretischen Grundlagen ist das Forschungsdesign für das Projekt „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“ entwickelt worden. Kapitel 5 beschreibt die Forschungsanlage in Bezug auf die drei untersuchten Forschungsfragen, den Gegenstand der Forschung: die Kindertageseinrichtungen, und die verwendeten Methoden.

Die daran anschließenden Kapitel 6 bis 8 widmen sich der Operationalisierung der Forschungsfragen sowie den Forschungsergebnissen. Die Hauptfrage des Projektes lautete: „Wie wird demokratische Partizipation von Kindern hergestellt?“. Ausgehend von der in Kapitel 4 entfalteten Deﬁnition erläutert Kapitel 6 die Kriterien zur Operationalisierung des im Rahmen der Untersuchung und Beantwortung dieser Frage verwendeten Demokratiebegriﬀs. Der Text entstammt ebenfalls dem oben bereits angesprochenen, gemeinsam mit Helmut Richter und Moritz Schwerthelm verfassten Artikel (E. Richter et al. 2016). Darauf aufbauend werden die Forschungsergebnisse detailliert erläutert. Entsprechend dieser Vorgehensweise werden in Kapitel 7 und 8 Forschungsfrage 2: „Können Kinder deliberative Demokratie?“, und Forschungsfrage 3: „Wie zufrieden sind die Kinder mit der demokratischen Praxis?“, operationalisiert und die Resultate der Analyse vorgestellt.

Der empirischen Analyse vor theoretischem Hintergrund folgt eine Darstellung der praktischen Gelingensbedingungen von Demokratiebildung. Kapitel 9 unternimmt entsprechend den Versuch, handlungsanleitende Hinweise für „gute demokratische Partizipation“ zu entwickeln. Ebenfalls mit dem Ziel einer Verbindung von Theorie (Forschungsergebnissen) und Praxis haben darüber hinaus die Beiratsmitglieder einen schriftlichen Kommentar entwickelt, der sich jeweils mit der Frage befasst, wie die Ergebnisse des Forschungsprojektes aus ihrer Wahrnehmung zu bewerten bzw. einzuordnen sind (Kap. 10).

Ein Fazit, das die wesentlichen Ergebnisse zusammenfasst, Forschungsdesiderate aufzeigt und einen Ausblick formuliert, rundet die Darstellung ab (Kap. 11).

Wir gehen davon aus, dass nicht alle Leser/innen das Buch vollständig durchlesen werden. Deshalb haben wir in einzelnen Kapiteln Fazits und Zusammenfassungen eingefügt, in denen wir auf Kernpunkte der vorangegangenen Argumentation eingehen. Das macht einzelne Absätze lesbar, ohne immer den gesamten Text zur Kenntnis genommen haben zu müssen. Für die Leser/innen des ganzen Buches kommt es dadurch jedoch gelegentlich zu Wiederholungen. Dafür bitten wir freundlich um Verständnis.

Kapitel 2

„Die Kinderstube der Demokratie“

Eckpunkte eines Konzepts zur Eröffnung
von Demokratiebildung von Kindern
in Kindertageseinrichtungen

Rüdiger Hansen und Raingard Knauer

Die UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 12) sowie das SGB VIII (u.a. § 8) verlangen Partizipation. Im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes machte der Gesetzgeber mit der Neufassung des § 45 SGB VIII die Einführung von Partizipation und Beschwerdeverfahren für Kinder zur Voraussetzung für die Erteilung der Betriebserlaubnis u. a. für Kindertageseinrichtungen.

Damit sind pädagogische Fachkräfte gefordert, Kindern im Alltag von Kindertageseinrichtungen Partizipation zu ermöglichen. Wie dies gelingen kann, haben reformpädagogische Ansätze, z. B. von Janusz Korczak oder Alexander Neill, schon in den 1920er Jahren gezeigt. So formulierte Korczak die Forderung, dass Respekt vor Kindern in pädagogischen Einrichtungen konstitutionell verankert werden müsse, um die Abhängigkeit der Kinder von den Erwachsenen zu reduzieren: „Das Kind hat ein Recht darauf, daß seine Angelegenheit ernsthaft behandelt und gebührend bedacht wird. Bis jetzt hing alles vom guten Willen und von der guten oder schlechten Laune des Erziehers ab. Das Kind war nicht berechtigt, Einspruch zu erheben. Dieser Despotismus muss ein Ende haben“ (Korczak 1919/1967, S. 304).

Wie aber kann demokratische Partizipation mit sehr jungen Kindern in der Kindertageseinrichtung, womöglich schon in der Krippe, konkret pädagogisch gestaltet werden? Dies zu entwickeln war Aufgabe des Modellprojekts „Die Kinderstube der Demokratie“, das von 2001–2003 in sieben schleswig-holsteinischen Kindertageseinrichtungen durchgeführt wurde (Hansen/Knauer/Friedrich 2004). Seither wurde das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ vielfach erprobt und theoretisch, didaktisch und methodisch permanent weiter entwickelt (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011; Hansen/Knauer 2015; Hansen/Knauer 2016). Das Konzept macht keine starren Vorgaben, wie Partizipation von Kindern umgesetzt werden

solle, sondern strukturiert ein (immer wieder neues) Ringen um die Realisierung einer fachlich differenzierten demokratischen Praxis vor dem Hintergrund der je konkreten Lebenslagen und Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien sowie der pädagogischen Fachkräfte und der jeweiligen Rahmenbedingungen in der je spezifischen Kindertageseinrichtung.

Das in diesem Band dokumentierte Forschungsprojekt „Demokratiebildung mit Kindern in Kindertageseinrichtungen“ bezieht sich auf das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“. Untersucht wurden Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen dieses Konzepts eine Kita-Verfassung erarbeitet haben. Der vorliegende Beitrag skizziert einige theoretische Grundannahmen und Eckpunkte des Konzepts sowie dessen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte.

2.1 Konzeptionelle Grundannahmen des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“

Die theoretischen Grundannahmen des Konzepts haben Hansen, Knauer und Sturzenhecker (2011) in der Veröffentlichung „Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern!“ ausgeführt. Im Folgenden werden einzelne Aspekte pointiert dargestellt.

2.1.1 Erziehung in der Demokratie zur Demokratie

Noch nie war Demokratie ein Selbstläufer. Jede Demokratie ist darauf angewiesen, dass Menschen als Demokrat/innen handeln, und damit darauf, dass jede neue Generation Demokratie (immer wieder neu) lernt. Wenn Erziehung bedeutet, die Normen und Werte einer Gesellschaft an die nachfolgende Generation weiterzugeben, ist in einer demokratischen Gesellschaft die Vermittlung von Demokratie eine Aufgabe von Erziehung. Eine solche Einführung in und Einübung von Demokratie ist keineswegs erst ab dem Jugendalter relevant. Kinder erfahren von Anfang an, ob und welche Selbst- und Mitbestimmungsrechte sie in einer Gemeinschaft haben und wie sie diese wahrnehmen können. Ein besonderes Lernfeld hierfür bieten pädagogische Institutionen – und damit auch Kindertageseinrichtungen. Sie haben die Aufgabe, zur Demokratie zu erziehen; und schon John Dewey (1916/2000) machte deutlich, dass Demokratieerziehung sich nicht auf die Vermittlung von Demokratie als Regierungsform beschränken darf, sondern auch die Erfahrung von Demokratie als Lebensform beinhalten muss. Partizipation – im Sinne einer Teilnahme an Demokratie – wird damit zu einem zentralen Moment pädagogischer Konzepte in einer Demokratie.

2.1.2 Demokratie begegnet Kindern schon in der Kita als Regierungs- und Lebensform

Die Kindertageseinrichtung ist für Kinder in der Regel die erste öffentliche Institution, in der sie sich für einen Teil des Tages ohne ihre vertrauten Bezugspersonen aufhalten. Sie erleben hier, wie eine Gemeinschaft außerhalb der Familie geregelt ist und ob und wie sie dort ihre Wünsche und Interessen einbringen können. Damit beginnt politische Bildung bereits in Kindertageseinrichtungen.

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ geht von der Annahme aus, dass Kinder schon in Kindertageseinrichtungen Demokratie auf beiden der von Dewey (1916/2000) benannten Ebenen erfahren können. Auf der Ebene von *Demokratie als Regierungsform* stellt sich die Frage: Wie kommen Entscheidungen zu verschiedenen Fragen in der Kindertageseinrichtung zustande? Wem stehen hier jeweils das Recht und die Macht zu, eine Entscheidung zu fällen? Welche Möglichkeiten haben also auch die Kinder, hier selbst- oder mitzubestimmen? Wenn sich aber Demokratie nicht nur auf eine Form der (gemeinschaftlichen) Entscheidungen bezieht, sondern ihre Prinzipien auch für das soziale Miteinander der Gesellschaftsmitglieder in ihren alltäglichen Interaktionen und gesellschaftlichen Handlungsformen gelten sollen, dann muss auf der Ebene von *Demokratie als Lebensform* auch immer wieder geklärt werden: Wie gehen Kinder und Erwachsene im Alltag miteinander um? Und welche Verfahren und Möglichkeiten gibt es, um sich untereinander auszutauschen, verschiedene Perspektiven zu verstehen und sich schließlich Meinungen zu bilden?

Im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ wird Partizipation als das demokratische Recht von Kindern verstanden, in sie betreffenden Angelegenheiten selbst- oder mitzuzentscheiden: „Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden“ (Schröder 1995, S. 14). Dafür ist eine strukturelle Verankerung von Partizipationsrechten (z. B. durch die Erarbeitung einer Kita-Verfassung) ebenso bedeutsam wie die Bereitschaft und Fähigkeit von Fachkräften, Kindern mit Respekt, Interesse und Offenheit zu begegnen und Partizipation im Alltag didaktisch-methodisch zu unterstützen (z.B. durch eine angemessene Gestaltung von Partizipationsprojekten und Dialogen mit Kindern).

2.1.3 Demokratische Partizipation ist ein Bildungsprozess von Kindern

Bildung wird im Rahmen non-formaler Bildung in Kindertageseinrichtungen vor allem als selbsttätiger Aneignungsprozess der Kinder verstanden (Laewen 2002; Schäfer 2003). Wenn Bildung bedeutet, dass die Subjekte sich selbst bilden, muss, wer Bildung fördern will, die Themen und Aneignungsweisen der Kinder aufgreifen und unterstützen. Partizipation ist mit solcher Bildungsförderung in zweifacher Weise verbunden: Zunächst erhalten pädagogische Fachkräfte über Partizipation Zugang zu den ‚Themen der Kinder‘; und Partizipation ermöglicht ihnen, den Kindern bei ihren Bildungsprozessen zu ‚assistieren‘, anstatt sie zu dominieren. Partizipation gilt daher in vielen der Bildungsrahmenpläne für Kindertageseinrichtungen als wichtiges Moment der Qualität einer aneignungsorientierten Bildungsförderung.

Zudem ist Demokratie auch ein Erziehungsziel. Das Ziel von Kinder- und Jugendhilfe ist die Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 Abs. 1 SGB VIII). Viele Kita-Gesetze und Bildungsrahmenpläne formulieren daher Demokratie als Ziel einer Erziehung, die Demokratiebildung fördern will. Kindertageseinrichtungen sind eben keine ‚machtfreien‘ Räume jenseits jeglicher politischer Bildung. Und das jeweilige (Macht-)Verhältnis zwischen den Generationen ist Kindern durchaus gegenwärtig. „Die Großen sind die Böse“, war die Aussage eines Fünfjährigen in einem der Gruppeninterviews des Forschungsprojekts „Schlüsselkompetenzen pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen für Bildung in der Demokratie“ (Bartosch/Knauer et al. 2015). Durch Partizipation können pädagogische Fachkräfte Kindern in Kindertageseinrichtungen demokratische Erfahrungsräume erzieherisch öffnen, in denen Kinder dann demokratische Bildungsprozesse durchlaufen können.

2.1.4 Partizipation erfordert Bildungsprozesse der pädagogischen Fachkräfte

Kindern demokratische Handlungsräume zur Verfügung zu stellen, fordert pädagogische Fachkräfte auf zweifache Weise heraus: Zum einen verlangt Demokratieverziehung, dass die Fachkräfte sich selbst als Demokrat/innen verstehen und an Demokratie aktiv teilhaben. Viele Menschen nehmen allerdings in unserer repräsentativen Demokratie persönlich wenig Teil an demokratischen Strukturen und Entscheidungen; das eigene politische Handeln beschränkt sich häufig auf eine Teilnahme an Demokratie als Regierungsform durch Wählen. Die Forderung, Demokratiebildung schon in der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen, fordert pädagogische Fachkräfte nun

auch heraus, ihre eigene Demokratiepraxis zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Zum anderen bedarf es spezifischer fachlicher Kompetenzen zur Förderung von Demokratie in Kindertageseinrichtungen. Solche Kompetenzen einer Realisierung von demokratischer Partizipation von Kindern müssen pädagogische Fachkräfte sich oftmals erst in eigenen Demokratiebildungsprozessen aneignen. In diesem Zusammenhang spielen berufsbegleitende Fortbildungen eine wichtige Rolle, in denen Fachkräfte für Partizipation sensibilisiert und ihnen sowohl theoretische als auch Methodenkenntnisse vermittelt werden. Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ umfasst daher ein Fortbildungsverfahren für Fachkräfteteams, das selbst partizipativ angelegt ist (vgl. Kap. 2.2.4).

2.2 Elemente des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“

Kernelemente des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“ sind Verfahren, die es Kindern ermöglichen, verlässliche demokratische Partizipationserfahrungen zu machen (das Partizipationsprojekt und die Kita-Verfassung), eine Sensibilisierung der Fachkräfte für dialogische Formen der Kommunikation mit Kindern sowie ein ebenfalls partizipativ angelegtes Fortbildungskonzept für die pädagogischen Fachkräfte.

2.2.1 Das Partizipationsprojekt

Partizipationsprojekte ermöglichen es Kindern, bei spezifischen Themen über einen begrenzten Zeitraum mitzuplanen und mitzuhandeln. Im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ stellen Partizipationsprojekte das immer wiederkehrende Verfahren der Beteiligung der Kinder an gemeinsamen Entscheidungen und Planungen dar. Partizipationsprojekte eignen sich aufgrund ihrer inhaltlichen und zeitlichen Begrenzung zudem besonders, um pädagogischen Fachkräften erste Erfahrungen mit der Beteiligung von Kindern zu ermöglichen.

Im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ wurden sechs Schritte zur Planung eines Partizipationsprojekts entwickelt, die von den pädagogischen Fachkräften gemeinsam bearbeitet werden. Die Schritte lauten:

- Themenfindung: Um welches Thema geht es in dem Projekt?
- Zielformulierung: Welches konkrete Ziel (oder welche Ziele) sollen am Ende des Projekts erreicht sein?

- Zerlegen komplexer Fragestellungen: Welche Projektschritte sind zum Erreichen des oder der Ziele erforderlich?
- Klärung der Entscheidungsbefugnisse: Worüber sollen die Kinder in diesem konkreten Projekt genau (mit)entscheiden? Worüber nicht?
- Meinungsbildungsprozess: Was brauchen die Kinder, um den jeweiligen Projektschritt gehen/die jeweilige Entscheidung fällen zu können? Wie wird ihnen das vermittelt?
- Entscheidungsprozess: Wer muss jeweils beteiligt werden/welche Entscheidungsgremien sind erforderlich? Welche Entscheidungsverfahren sollen angewendet werden? (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, S. 294 f.)

Partizipationsprojekte können zu sehr unterschiedlichen Themen geplant und durchgeführt werden: zu Innen- oder Außenraumgestaltungen, zur Planung von Veranstaltungen, Feiern oder Ausflügen, zu konzeptionellen Veränderungen (z. B. der Neugestaltung der Frühstückssituation), bis hin zu Fragen von Anschaffungen oder Personaleinstellungen. Auch die Erarbeitung von Regeln und des jeweiligen Umgangs mit Regelbrüchen können in Partizipationsprojekten stattfinden.

Die erstmalige Planung eines Partizipationsprojekts nach dem Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ wird in der Regel im Rahmen einer Teamfortbildung durch eine externe, spezifisch qualifizierte Moderation begleitet.

2.2.2 Die Kita-Verfassung

Während Partizipationsprojekte zeitlich begrenzte Vorhaben sind, zielt die Erarbeitung einer Kita-Verfassung durch das gesamte Fachkräfte-Team auf eine dauerhafte Verankerung von Partizipationsrechten und -verfahren in der Einrichtung. Ziel ist die Klärung der konkreten (Grund-)Rechte auf Selbst- und Mitbestimmung, die die Kinder in dieser Kindertageseinrichtung haben sollen, und der Gremien und Verfahren, in denen die Kinder ihre Rechte wahrnehmen können. Die Erarbeitung einer Kita-Verfassung im Team erfolgt grob in zwei Schritten.

Schritt 1: Klärung der Rechte der Kinder

- Worüber sollen die Kinder auf *jeden* Fall selbst- oder mitentscheiden?
- Worüber sollen die Kinder auf *keinen* Fall selbst- oder mitentscheiden?

Hier geht es darum, möglichst konkret zu klären, welche grundlegenden Rechte, selbst- oder mitzubestimmen, die Fachkräfte den Kindern zugestehen wollen und können. Dabei wird unterschieden zwischen Rechten der Kinder

auf Selbstbestimmung (worüber einzelne Kinder oder Kindergruppen für sich allein entscheiden dürfen), Rechten der Kinder auf Mitbestimmung (worüber Kinder und Fachkräfte gemeinsam entscheiden, wobei stets gilt, dass jede Person über eine, aber auch nur eine Stimme verfügt) sowie Entscheidungsrechten, die die Fachkräfte sich vorbehalten (worüber allein die Fachkräfte entscheiden).

Die Entscheidungen über diese Rechte erfolgen stets im Konsens, das heißt, es werden den Kindern nur die Rechte zugestanden, mit denen alle Fachkräfte einverstanden sind. Themen, die in Kita-Verfassungen geklärt werden, sind unter anderen: Mahlzeiten, Bekleidung, Schlafen/Ruhen, Pflege/Hygiene einschließlich des Wickelns, Raumgestaltung/Raumnutzung/Materialien, Tagesstruktur/Wochen-/Jahrespläne, Aktivitäten/Angebote/Projekte, Ausflüge/Reisen, Feste einschließlich Geburtstagsfeiern, Hausaufgaben (wenn Schulkinder betreut werden), Finanzen/Anschaffungen, Personalanliegenheiten. Auch die Beteiligung der Kinder an der Entstehung von Regeln und dem Umgang mit Regelverletzungen wird hier thematisiert. Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ definiert diese Rechte nicht inhaltlich vor, sondern besteht nur darauf, dass die Fachkräfteteams überhaupt Rechte auf diese Weise festlegen.

In diesem Prozess wird auch ersichtlich, dass die Bemächtigung der Kinder im Rahmen einer pädagogischen Institution geschieht, in der die Rechte von den Erwachsenen gewährt und auch pädagogische Grenzen der Selbst- und Mitbestimmung ausgewiesen werden. Allerdings führt das Verfahren dazu, dass das Zugeständnis oder das Verwehren von Selbst- und Mitbestimmung nicht mehr ausschließlich von der Willkür einzelner Fachkräfte abhängen. Und es zeigt, dass Kinder das Recht haben, Rechte zu haben (Arendt), und worin diese in dieser Kindertageseinrichtung genau bestehen. So können Kinder ihre Rechte einfordern und pädagogische Fachkräfte ihr Handeln an ihnen orientieren.

Schritt 2: Klärung der Verfahren und Gremien

- Wie sollen die Kinder mitentscheiden?

Solchermaßen ausgewiesene Rechkataloge führen erst dann zu einer Praxis demokratischer Partizipation von Kindern, wenn ebenfalls geklärt ist, *wie* die Rechte der Selbst- und Mitbestimmung im Alltag genutzt und umgesetzt werden können. Im zweiten Schritt erarbeiten die Fachkräfte, welche Verfahren und Gremien es in der konkreten Kindertageseinrichtung geben soll, um gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse zu gestalten.

Dabei braucht es stets ein Gremium, das gegebenenfalls legitimiert ist, Entscheidungen für die Gemeinschaft der gesamten Kindertageseinrichtung

zu fällen. Dazu eignen sich Formen wie Vollversammlungen (oft in kleineren oder in ‚offenen‘ Kindertageseinrichtungen zu finden) oder repräsentative Gremien, in denen (aus)gewählte Delegierte stellvertretend für alle entscheiden, also Kinderparlamente oder Kinderräte. Wenn repräsentative Gremien eingeführt werden, braucht es zudem immer auch Gremien, an denen im Prinzip jedes Kind in der Kindertageseinrichtung teilnehmen kann, um dort Themen oder Probleme aufwerfen, sie gemeinsam diskutieren und sich dazu eine eigene Meinung bilden sowie gemeinschaftliche Entscheidungen herbeiführen zu können. Dies sind in der Regel Stamm- oder Gruppenversammlungen oder offene Kinderkonferenzen. Immer ist auch zu klären, wo und wie die pädagogischen Fachkräfte ihre Mitbestimmung in diese Gremien einbringen.

Die Erarbeitung der Kita-Verfassung wird in aller Regel extern moderiert. Deren endgültige Fassung, die dann schließlich von allen Fachkräften unterschrieben und damit in Kraft gesetzt wird, durchläuft häufig verschiedene Klärungs-, Erprobungs- und Veränderungsphasen, an denen auch die Eltern beteiligt werden. Nach der Verabschiedung und Umsetzung im Alltag kann die Kita-Verfassung von den pädagogischen Fachkräften nach (oft in der Verfassung geregelten Schritten) auch erweitert bzw. verändert werden.

2.2.3 Dialogische Formen der Kommunikation

Während die Kita-Verfassung auf eine strukturelle Verankerung von Partizipation zielt, bietet das Partizipationsprojekt pädagogischen Fachkräften ein strukturiertes Verfahren der gemeinschaftlichen Bearbeitung komplexer Entscheidungen mit Kindern. Neben diesen Verfahren thematisiert das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ auch die Bedeutung dialogischer Formen der Kommunikation mit Kindern: Wie können Fachkräfte mit Kindern so kommunizieren, dass diese reale Möglichkeiten haben, sich auch mit komplexen und abstrakten Themen auseinanderzusetzen und mit ihren Mitteln ihre Sicht auf die Welt und ihre Interessen auszudrücken? Dazu ist es in vielen Fällen notwendig, abstrakte Inhalte und Fragestellungen so zu konkretisieren, dass die Kinder sie sinnlich erfassen und begreifen können. Verschiedene Formen der Visualisierung können geteilte Symbole erzeugen und so für Kinder Prozesse, Vereinbarungen und Ergebnisse transparent und nachvollziehbar machen.

Forschungsergebnisse (z.B. Sturzenhecker/Knauer/Dollase 2013) zeigen, dass viele pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen eine kindzentrierte, dialogische Haltung haben. Für sie kann die Erziehung und Bildung des Kindes nur im Dialog mit diesem betrieben und unterstützt werden. Über diese pädagogische Grundhaltung hinaus verlangt das Konzept

„Die Kinderstube der Demokratie“ jedoch, dass eine solche Dialogpraxis zwischen Fachkraft und Kind immer auch in Bezug gesetzt werden muss zum gemeinschaftlichen Diskurs, d. h. den demokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in der Gemeinschaft, die durch die Rechte und Verfahren der Kita-Verfassung gewährleistet werden.

2.2.4 Das Fortbildungskonzept

Auch wenn es im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ um demokratische Partizipation von Kindern geht, ist die zentrale Herangehensweise des Konzepts die Arbeit mit den Erwachsenen, also den pädagogischen Fachkräften. Denn sie sind es, die Kindern Partizipation ermöglichen oder diese verstellen. Damit sich Kinder beteiligen können, braucht es Fachkräfte, die sie beteiligen wollen und können. „Partizipation beginnt in den Köpfen der Erwachsenen“ (Hansen/Knauer/Friedrich 2004, S. 101).

Die Klärung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte der Kinder führt in vielen Teams zu intensiven und auch kontroversen Diskussionen. „Dürfen die Kinder selbst entscheiden, ob, was und wie viel sie essen?“ „Dürfen die Kinder mitentscheiden, wann, wie oft und welche Spielsachen sie von zu Hause mitbringen?“ Die Klärung solcher Fragen bedarf intensiver pädagogischer Diskussionen und auch ausgetragener Streitigkeiten. Daher hat sich gerade bei der Einführung und Weiterentwicklung von Partizipation eine Unterstützung durch externe Fortbildner/innen bewährt. Inzwischen sind bundesweit mehr als 100 Fachkräfte als Multiplikator/innen des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“ qualifiziert.

Die Fortbildungen in den Fachkräfteteams werden grundsätzlich als In-House-Fortbildungen mit möglichst dem gesamten Team durchgeführt und haben einen zeitlichen Umfang von drei Arbeitstagen. Sie sind selbst stark partizipationsorientiert aufgebaut und ermöglichen den Fachkräften Selbstbildungsprozesse bezüglich eines demokratischen (pädagogischen) Handelns.

Fachkräfteteams, die noch wenige Erfahrungen mit dem Thema Partizipation haben, ist zu empfehlen, sich dabei zunächst mit *Partizipationsprojekten* auseinanderzusetzen. Partizipationsprojekte eignen sich vor allem deshalb als Einstieg in das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“, weil eine Machtabgabe an die Kinder hier zeitlich und inhaltlich befristet erprobt und dabei dennoch umfassende methodische Partizipationskompetenzen erworben werden können. Gerade die Kleinschrittigkeit in der Projektplanung (s. o.) ermöglicht den Fachkräften, bereitwillig Macht mit den Kindern zu teilen und sie bei der Wahrnehmung ihrer so erworbenen Rechte angemessen zu unterstützen. In den Fortbildungen wird mit dem Team ein Partizipationsprojekt exemplarisch so differenziert geplant, dass die Fachkräfte es an-

schließlich im Kita-Alltag eigenständig umsetzen können. Oftmals erhalten die Teams während der Umsetzungsphase noch einmal die Möglichkeit, sich coachen zu lassen. Bei der Durchführung des Partizipationsprojekts mit den Kindern erleben die Fachkräfte diese in der Regel als sehr kompetent und sind oft erstaunt über die Ergebnisse. So entsteht eine ‚positive Grundstimmung‘ für Partizipation, die eine Weiterentwicklung der Kita zu einer demokratischen Kindertageseinrichtung befördert.

Die Erarbeitung einer *Kita-Verfassung* ist dann häufig der zweite Schritt und wird von den Fachkräfteteams gewünscht, wenn sie sich in der Eröffnung von Partizipation sicherer sind. Auch die Kita-Verfassung wird in einer dreitägigen Fortbildung mit dem ganzen Team – der „Verfassunggebenden Versammlung“ – erarbeitet. Der Zwang zum Konsens führt hier häufig dazu, dass über konkretes pädagogisches Alltagshandeln – oft das erste Mal – kontrovers und lösungsorientiert diskutiert wird. Dadurch schärft sich in der Regel das pädagogische Selbstverständnis des Fachkräfteteams; und in der Folge wird die Praxis von Partizipation differenzierter gestaltet und gemeinschaftlicher getragen. So tragen die Fortbildungen auch zu einer fachlichen Teamentwicklung bei.

Gleichzeitig gilt es immer wieder dafür zu sensibilisieren, dass demokratische Verfahren nur dann gelingen, wenn die Fachkräfte ihre Beziehungen zu den Kindern respektvoll, feinfühlig und dialogisch gestalten.

2.3 „Die Kinderstube der Demokratie“ – vom Modellprojekt zum Konzept

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ entstand ab 2001 in einem Modellprojekt, das im Rahmen der schleswig-holsteinischen ‚Demokratiekampagne‘ für Kinder und Jugendliche durchgeführt wurde (Knauer/Hansen/Sturzenhecker 2014). Ziel dieses Modellprojekts war es, die positiven Erfahrungen mit Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune auf das Handlungsfeld der Kindertageseinrichtungen zu übertragen und ein Fortbildungskonzept zu entwickeln, das pädagogische Fachkräfte bei der Einführung von Partizipation von Kindern in der Kita unterstützt.

In dem Modellprojekt wurden Kinder in sieben Kindertageseinrichtungen an unterschiedlichen Themen beteiligt: von Raumplanungen über die Erstellung eines Kinderstadtplans bis hin zur strukturellen Verankerung von Partizipation. Schon hier wurde das bis heute weiter verfeinerte Instrumentarium der Planung eines Partizipationsprojekts und der Erarbeitung einer Kita-Verfassung entwickelt. Das Modellprojekt konnte zeigen: Partizipation in der Kindertageseinrichtung ist möglich, wenn die pädagogischen Fachkräfte die Beteiligung konsequent und altersgerecht durchführen können

(Hansen/Knauer/Friedrich 2004). Das so entstandene Fortbildungskonzept wurde von 2009 bis 2010 in einem weiteren Modellprojekt in Nordrhein-Westfalen erfolgreich eingesetzt (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2010).

Um die erfolgreichen Verfahren des Konzepts zu verbreiten, wurden in Schleswig-Holstein von 2006 bis 2007 erste Multiplikator/innen für Partizipation in Kindertageseinrichtungen qualifiziert. Zwanzig erfahrene pädagogische Fachkräfte eigneten sich dabei sowohl spezifische Partizipationskompetenzen als auch didaktisch-methodische Kenntnisse an, um anschließend Fachkräfteteams bei der Planung von Partizipationsprojekten und der Erarbeitung von Kita-Verfassungen begleiten zu können. Es folgten bislang sieben weitere Multiplikator/innenschulungen für unterschiedliche Träger im ganzen Bundesgebiet. Aktuell sind auf der Homepage des Instituts für Partizipation und Bildung (www.partizipation-und-bildung.de) 111 Multiplikator/innen für Partizipation und Engagementförderung in Kindertageseinrichtungen aufgelistet.

Im Rahmen des Projekts „jungbewegt“ der Bertelsmann Stiftung wurde das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ von 2009 bis 2010 im Konzept „Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita“ erweitert. Schwerpunkt war hier die Förderung demokratischen gesellschaftlichen Engagements. Neben den Mitentscheidungsmöglichkeiten wurde in diesem Konzept ein besonderes Augenmerk auf die Mithandlungsmöglichkeiten der Kinder im ‚gesellschaftlichen‘ Alltag der Gemeinschaft in der Kindertageseinrichtung und darüber hinaus auch in der Kommune gelegt (Knauer/Sturzenhecker/Hansen 2011; Hansen/Knauer 2015).

Neben der zunehmenden Bedeutung, die Partizipation auch in den Bildungsrahmenplänen der Bundesländer bekam, führte 2012 die Einführung der Verpflichtung zu Partizipation und Beschwerdeverfahren für Kinder als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis im Rahmen des § 45 SGB VIII zu einem verstärkten öffentlichen Interesse am Thema Partizipation. Aus der Perspektive des Kinderschutzes wird Kindern nunmehr nicht nur ein Recht auf Beteiligung zugesprochen, sondern werden darüber hinaus Möglichkeiten geschaffen, sich auch über das Handeln pädagogischer und anderer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wirksam zu beschweren. Kindertageseinrichtungen, die nach dem Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ arbeiten, haben solche Beschwerdemöglichkeiten bereits vor Verabschiedung des Bundeskinderschutzgesetzes im Rahmen ihrer Kita-Verfassung eingeführt (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2010, S. 45 ff.). Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ geht davon aus, dass Beschwerdeverfahren Kinder letztlich nur dann vor Machtmissbrauch von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen schützen können, wenn sie auf verlässlichen Selbst- und Mitentscheidungsrechten der Kinder basieren (Hansen/Knauer 2016).

Das Bemühen um eine demokratische Gestaltung des gemeinschaftlichen Alltags in Kindertageseinrichtungen wirft – so unsere Wahrnehmung der vergangenen fünfzehn Jahre – stets neue Fragestellungen auf, die es aus einer demokratischen Perspektive zu betrachten lohnt. So gibt es noch wenige Erfahrungen mit einer regelmäßigen, systematischen Beteiligung von Kindern an der Entstehung von Regeln und dem Umgang mit Regelbrüchen, also der Gesetzgebung und der Rechtsprechung in Kindertageseinrichtungen. Eine weitere Herausforderung ist der Übergang von Kindern aus partizipativ arbeitenden Kitas in (häufig deutlich weniger partizipativ arbeitende) Grundschulen. Zudem führt Partizipation von Kindern unausweichlich zur Frage, wie Väter, Mütter und andere Sorgeberechtigte sowie auch die Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen beteiligt werden können und sollen. Eine erste Verfassung, in der die Beteiligungsrechte von Eltern differenziert geklärt wurden, ist bereits entstanden (Redecker 2015), eine solche für die Beteiligungsrechte von Mitarbeiter/innen bei einem Träger ist in Vorbereitung.

Ausblick

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“, dessen Grundzüge hier skizziert wurden, blickt inzwischen auf eine fünfzehnjährige Praxis und Weiterentwicklung zurück. Während die Grundideen bereits im ersten Modellprojekt entwickelt wurden, führten Erfahrungen aus der Praxis wie auch theoretische Diskurse zu einer ständigen Modifizierung, Differenzierung und Weiterentwicklung des Konzepts. Da Demokratie von Kindern nur im konkreten Alltag erfahren und von pädagogischen Fachkräften unter den spezifischen Bedingungen ihrer Einrichtung gestaltet werden kann, gibt es nicht *die* Demokratiepraxis in Kindertageseinrichtungen.

Die in diesem Buch vorgestellten Forschungsergebnisse leisten aber einen wichtigen Beitrag, mit wissenschaftlichen Methoden zu belegen und zu reflektieren, was viele Fachkräfte und Kitas schon lange zeigen: Demokratie mit Kindern ist machbar. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts können gerade auch aus Perspektive der beteiligten Kinder zeigen, wie in einzelnen Einrichtungen, die nach dem Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ erstellten Verfassungen in der Realität zwischen Kindern und Fachkräften umgesetzt werden. Die Forschung belegt, dass Demokratiepraxis in Kindertageseinrichtungen nicht nur eine konzeptionelle Forderung ist, sondern sie – mit all den Schwierigkeiten und Fehlerpotenzialen, die Demokratie innewohnen – im Kita-Alltag gemeinsam umgesetzt werden kann. Die Forschungsergebnisse demonstrieren, dass die beteiligten Kinder verstehen, um was es in den demokratischen Entscheidungen und Verfahren geht, und dass sie diese erfolg-

reich realisieren können. Die Forschung zeigt auch, wie die Fachkräfte immer weiter um eine Reflexion und Verbesserung von Demokratiebildung in ihren Einrichtungen ringen. Es wird erkennbar, dass die Fachkräfte in diesen Einrichtungen einen eigenen demokratischen *und* pädagogischen Bildungsprozess durchlaufen haben und ihn noch weiter treiben. Auf der Basis der Grundformen demokratischer Partizipation in der Kita, die das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ vorschlägt, haben die Fachkräfte, die Kinder und die Eltern ganz eigene Demokratieversuche entwickelt. Diese sind nicht immer perfekt, denn das können Demokratien nie sein. „Es gibt noch keine Demokratie, die ihres Namens würdig ist. Demokratie bleibt im Kommen: sie muss noch erzeugt oder erneuert, regeneriert werden“ (Derrida 1991, S. 96 f.). Demokratie ist ein (manchmal anstrengender) Lernprozess der Beteiligten, der nicht abgeschlossen werden kann. Dazu muss man ihr aber überhaupt konzeptionell in Kitas eine Praxis eröffnen und sich zusammen auf den Weg machen. Wir freuen uns, dass das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ für viele Einrichtungen Anstöße dazu geben konnte und dass sich in der Folge die Demokratiebildung in Kitas jeweils in eigen-sinniger Weise weiter entfaltet.

Kapitel 3

Forschungsstand: Demokratische Partizipation in Kindertageseinrichtungen

Nach dieser Einführung in das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ aus der Perspektive ihrer Entwickler/innen möchten wir im Folgenden einen Blick auf den Forschungsstand zum Thema demokratischer Partizipation in Kindertageseinrichtungen werfen. Zunächst gilt es die Frage zu klären, mit welcher Begründung demokratische Partizipation als Bildungsauftrag in der frühkindlichen Pädagogik verortet wird (Kap. 3.1). Im nachfolgenden Kapitel werden die auf dieser Basis entwickelten frühkindlichen Bildungskonzepte vorgestellt, mit dem Ziel, den Stellenwert des Handlungsansatzes „Die Kinderstube der Demokratie“ zu verdeutlichen (Kap. 3.2). Danach werden die dieses Konzept betreffenden Forschungsaktivitäten referiert (Kap. 3.3), um anschließend zu zeigen, in welcher Weise eigene Vorstudien die Hauptfragestellung der vorliegenden Untersuchung „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“ maßgeblich beeinflusst haben (Kap. 3.4).

3.1 Demokratische Partizipation als Bildungsauftrag der Frühpädagogik

Frühkindliche Pädagogik setzt sich seit einigen Jahren mit dem Ziel auseinander, demokratische Partizipation als Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen umzusetzen, verbunden mit dem Anspruch, die bildungsbezogene Eigenaktivität der Kinder zu fördern und zugleich demokratische Eigenrechte der Kinder im Alltag zu realisieren. Die diesbezüglichen erziehungswissenschaftlichen Diskussionen beruhen auf einem veränderten Bildungsverständnis und basieren auf neuen rechtlichen Grundlagen.

Auf dem Hintergrund eines Bildungsverständnisses, nach dem Bildung als Selbstbildung aufzufassen sei (Humboldt), ist im Rahmen der frühkindlichen Pädagogik die Beteiligung der Kinder an allen sie betreffenden Angelegenheiten ins Blickfeld gerückt – denn wenn das Subjekt sich selbst bildet, müsste es auch Gelegenheit haben, sich aktiv mitentscheidend in die